

**Einreichung an die
Gemeindevertretung
der Gemeinde Am Mellensee**

Drucksache Nr.
(ggf. Nachtragsvermerk)
Drucksache Art

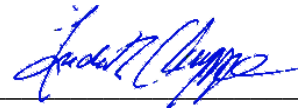
2

Drucksache Art

öffentlich

Einreichender Fraktion DIE LINKE	Datum 07.04.2023
Betreff zu TOP 14 Gleichstellung der Kinder- und Jugendbeauftragten mit sachkundigen Einwohnern (GV)	
Änderungsbeschlussvorschlag: <ol style="list-style-type: none">1. Der Bürgermeister wird beauftragt, dem Gremium der Kinder- und Jugendbeauftragten, dem Seniorenbeirat, den Gleichstellungsbeauftragten und den Kinder- und Jugendschutzbeauftragten die Sitzungen der Gemeindevertretung und der Fachausschüsse unter Bekanntgabe der Tagesordnungen per Mail, hilfsweise per Post bekannt zu machen.2. Das Rederecht für die unter 1. genannten Vertreterinnen / Vertreter zu einzelnen Tagesordnungspunkten in den Fachausschüssen gilt als erteilt, wenn diese ihre Belange nach §§ 5, 6, 7 und 8 der Hauptsatzung betreffen.	
Begründung/ Erklärung Die ursprüngliche Beschlussvorlage ist zu begrüßen, weil sie zum Ziel hat, die Rechte der Gremienvertreter im Sinne der §§ 5 bis 8 der Hauptsatzung zu stärken. Sie spiegelt jedoch die unterschiedliche Stellung von Vertretern / Vertreterinnen und sachkundigen Einwohnern / Einwohnerinnen nicht korrekt wider. Beiräten und Beauftragten gemäß §§ 18 Abs. 3, 18a Abs. 3, 19 Abs. 1 Kommunalverfassung haben eine andere Aufgabe als sachkundige Einwohnerinnen / Einwohner. Sie nehmen die Interessen der sie delegierenden Gremien bzw. die mit ihrer Funktion verbundenen Aufgabenbereiche wahr. Demgegenüber dienen sachkundige Einwohnerinnen / Einwohner gemäß § 43 Abs. 4 der Kommunalverfassung „der Erhöhung der Fachkompetenz und damit zur besseren Vorbereitung der Gemeindevertretung und Kontrolle der Verwaltung“ (vgl. Beschluss GV16/02/2019 vom 15. Juli 2019). Sie sind daher gerade nicht Interessenvertreter. Es ist Aufgabe der Fachausschüsse, die Anregungen und Vorstellungen der Beiräte und Beauftragten als Beratungsgegenstand aufzunehmen. Im Falle einer Gleichstellung würden den Interessenvertreterinnen / Interessenvertretern das aktive Teilnahmerecht einzuräumen sein, das nach der Kommunalverfassung ausschließlich den Ausschussmitgliedern und den sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern zusteht. Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner haben in Gemeindevertretersitzungen kein Rederecht. Die unterschiedlichen Funktionen rechtfertigen es, die Teilnahmerechte verschieden zu regeln. Mit diesem Änderungsvorschlag nimmt die Gemeindevertretung ihre Verantwortung zur Stärkung der Beteiligung der Vertreterinnen / Vertreter unmittelbar wahr.	

Finanzierungsvorschlag
Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
Anlagen
Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.



Unterschrift Antragsteller